

Anmerkungen von Elmar Altvater vom 19.05.2010

.....Man sollte noch einmal deutlich den Zweck der Erklärung hervorheben. Den hat offenbar auch Sven nicht verstanden. Was mich wundert, da er eine Erklärung des "Instituts Solidarische Moderne", in deren Vorstand er sitzt, mit trägt. Darin wird ähnlich wie vom WB argumentiert. Es geht um die Politik der EU-Länder in der Finanzkrise, die mit der Überschuldung von kleinen US-Häuslebauern anfing, dann auf große Kreditgeber (Lehman), die sich verspekuliert hatten, übersprang, so dass die Schulden der Privaten zur Vermögenssicherung der als "systemisch wichtig" erklärten Finanzinstitute verstaatlicht wurden. Die Staatsverschuldung finanzierten mit billigem Notenbankkredit die privaten Banken, die sich in dem Moment von den Staatsanleihen zu trennen versuchen, in dem die Staaten Schwierigkeiten mit dem Schuldendienst vermuten lassen. Zuerst machen sie gute Kasse wegen der infolge des spread steigenden Zinsen, dann müssen sie an keiner Umschuldung teilnehmen, bei der sie auch Abstriche bei ihren Forderungen hinnehmen müssten, weil die Euroländer insgesamt für die Schulden bürgen. Die Schulden sind in der Eurozone verstaatlicht, um die privaten Bankvermögen zu erhalten. Das hat den weiteren negativen Effekt, dass sie damit weiter spekulieren können und nach Griechenland den nächsten Kandidaten aufs Korn nehmen können. Portugal? Spanien? oder Großbritannien, wenn die Koalitionsregierung scheitert?

Die deregulierten Finanzmärkte haben also eine Spekulationsfurie freigesetzt. Thomas Sauer schreibt, das Papier sei "unterkomplex". Wie sollte das auf drei Seiten anders sein? Dennoch ist es wesentlich komplexer als Sauers leichtfüßige Rechtfertigungen unter Punkt 2.

Selbstverständlich laufen alle Kreditprogramme unter Beachtung der griechischen Souveränität. Das war auch bei den Umschuldungen in der Dritten Welt in den 1980er Jahren so, als das Modell des Washington Konsens entwickelt wurde: Ein letter of intent musste her, um die Konditionalität der Bretton Woods-Institutionen in einen legitimen Willen von nationalstaatlichen Regierungen zu transformieren. Dagegen hat es Volksbewegungen gegeben, und die IWF-Konditionalität hat dazu geführt, dass die sozialen Bewegungen in aller Welt und dann auch die linken Regierungen in Lateinamerika vom IWF nichts mehr wissen wollen. In Griechenland wird nun vorexerziert, dass mit dem IWF wieder zu rechnen ist. Absurderweise im Euroraum, unter Druck_ unserer_ Regierung. Das ist natürlich ein Signal an die Spekulanten, die Eurostaaten nehmen es mit dem Euro nicht so ganz ernst. Sie misstrauen auch der EZB. Sie rufen den IWF zur Rettung des Geldwerts der Kredite. Das Signal ist fatal und hat den Euro auf Talfahrt geschickt.

Thomas Sauer hat natürlich mit seinem Hinweis auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Eurozone auch in Richtung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik Recht. Doch damit rennt er offene Türen ein. Die Unzulänglichkeit der Euro-Konstruktion im Maastricht-Vertrag ist schon oft kritisiert worden. Man hätte den Euroraum zu Beginn der 1990 Jahre verhindern sollen. Heute allerdings wäre dies aberwitzig. Und deshalb sind Figuren wie Hankel oder Schachtschneider so lächerlich. Daher kann eine linke Position nur nach vorn offen sein. Wenn schon Währungsraum, dann auch politischer Raum der Regulation und nicht der Deregulierung, durch die die Finanzinstitute in aller Freiheit den gemeinsamen Währungsraum und die nationalstaatlichen Divergenzen darin für ihre Arbitragegeschäfte ausnutzen können. Auf diesem Hintergrund erscheint die Griechenlandkrise in anderem Licht. Sie ist eine Folge der mangelnden Regulation des Euroraums. Dafür trägt Deutschland eine größere Verantwortung als Griechenland. Und sie ist eine Folge der ungleichen Behandlung von Schuldner und Kreditgebern, wodurch Ländern wie Griechenland viele Möglichkeiten der ordentlichen Umschuldung genommen werden.

Viele Grüße

Elmar